

Die Arbeiterpresse: Organisation, Probleme, Wirkung

Ein historischer Überblick

Prof. Dr. Kurt Koszyk, geb. 1929 in Dortmund, war von 1969 bis 1974 Professor für Publizistik und Kommunikation an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1977 lehrt er Journalistik an der Universität Dortmund. Er ist Verfasser von drei Bänden zur Geschichte der deutschen Presse im 19. und 20. Jahrhundert. Soeben hat er eine Stresemann-Biographie abgeschlossen, die im Herbst im Verlag Kiepenheuer und Witsch erscheinen wird.

Die Arbeiterpresse im Konzept Lassalles

Proletarier zu sein, bedeutete im 19. Jahrhundert nicht nur arm, aber kinderreich zu sein, sondern politisch entmündigt und ohne Stimme in der Öffentlichkeit. Die bürgerliche Presse vertrat bürgerliche Interessen. Damit wurde begründet, daß eine eigene Arbeiterpresse in der aufkommenden kapitalistischen Gesellschaft unerlässlich war. In seiner berühmten Rede „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“, die er im September 1863 in Barmen, Solingen und Düsseldorf hielt, gab Ferdinand Lassalle¹ der Arbeiterpresse, die seit den vierziger Jahren nachweisbar ist, eine Art Programm. Sie sollte sich von den liberalen Blättern abheben, obwohl es einigen von ihnen zu verdanken war, daß 1848 die Zensur in Deutschland endgültig abgeschafft wurde.

Lassalle wollte, daß der Arbeiterstand durch eine eigene Presse unabhängig gemacht würde „von allen Zeitungsschreibern der Welt“, die nach seiner Interpretation „mit hunderttausend Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Eunuchenhaß gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einhauchen“. Für Las-

¹ Shlomo Na'aman: Lassalle, Hannover 1971, S. 664 ff., Kurt Koszyk: Der Organisator Ferdinand Lassalle, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, 8/1963, S. 154-171.

salle war die Presse aus einem „Vorkämpfer für die geistigen Interessen in Politik, Kunst und Wissenschaft“ zu einer „äußerst lukrativen Spekulation für einen kapitalbegabten oder auch für einen kapitalhungrigen Verleger“ geworden. Um einen möglichst großen Abonnementkreis zu gewinnen und damit viele Anzeigen anzulocken, war dieser bald als „Geschäftspresse“ bezeichnete erfolgreiche Zeitungstyp zum „schnöden Augendiener der geldbesitzenden und also abonnierenden Bourgeoisie und ihres Geschmacks“ geworden. Das lukrative Annoncengeschäft hatte den Zeitungseigentümern nach Lassalle die Mittel gegeben, „ein geistiges Proletariat, ein stehendes Heer von Zeitungsschreibern zu unterhalten, durch welches sie konkurrierend ihren Betrieb zu vergrößern und ihre Annoncen-Einnahmen zu vermehren streben“. Diese Situation schuf, so interpretierte es der Begründer der Sozialdemokratie, eine „Prostitution des Geistes“.

Alles, was bis heute an Vorwürfen gegen Journalisten vorgetragen wird, kann man schon in dieser Rede Lassalles finden: die Halbbildung, den Mangel an Zeit zu recherchieren und nachzudenken, die Unwissenheit und die routinierte Phrase. „Daher kommt es, daß, wer heute mit einer halben Bildung in die Zeitungsschreiber-Karriere eintritt, in zwei oder drei Jahren auch das wenige noch verlernt hat, was er wußte, sich geistig und sittlich zugrunde gerichtet hat und zu einem blasierten, ernstlosen, an nichts Großes mehr glaubenden, noch erstrebenden und nur auf die Macht der Clique schwörenden Menschen geworden ist!“

Als Heilmittel sah Lassalle die absolute Pressefreiheit, die Aufhebung der damals die Zeitungsherstellung belastenden Kauttionen und Stempelsteuer. Vor allem aber verlangte er, daß in einem sozialdemokratischen Staate verboten werden sollte, daß Zeitungen Anzeigen brachten. Aus heutiger Sicht will nicht recht einleuchten, wie diese letzte Forderung sich mit einer absoluten Pressefreiheit vereinbaren läßt. Aber Lassalle glaubte, daß mit dieser Maßnahme die Presse aufhören würde, eine lukrative Geldspekulation zu sein, und der Journalismus von einem Metier, von einem Handwerk, zu einem Beruf würde, der ohne Rücksicht auf lukrative Bereicherung die Mission in sich fühlte, für die geistigen Interessen und das Wohl des Volkes zu kämpfen.

Im Lichte der Presseentwicklung der letzten 125 Jahre mögen diese Forderungen einigermaßen antiquiert erscheinen. Sie haben aber lange als Grundlage der Arbeiterpresse gedient. Was Lassalle 1863 und schon ein Jahr zuvor in seinem „Offenen Antwortschreiben an das Zentral-Komitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig“ formulierte, war vor allem eine Abrechnung mit der liberalen Fortschrittspartei. Sie beherrschte, wie Gustav Mayer² feststellte, die öffentliche Meinung weithin mit ihrer Presse. Schon deshalb mußte es ihm darum gehen, die sich abzeichnende Organisation des Arbeiterstandes aus dieser liberalen Organisation herauszulösen und durch eine eigene Presse gleichsam zu emanzipieren. Die liberale bürgerliche Presse tat Lassalle den Gefallen, sich mit seinen Thesen

² Gustav Mayer: Bismarck und Lassalle, Berlin 1928, S. 18 f.

breit auseinanderzusetzen und ihnen dadurch kostenlos öffentliche Resonanz zu verschaffen.

Die Gründung des deutschen Journalistentages

Etwa zur gleichen Zeit, als der Leipziger Arbeiterverein am 23. März 1863 für die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins eintrat, fand in Frankfurt am Main am 5. Juli 1863 eine vorbereitende Versammlung zur Gründung eines deutschen Journalistentages statt. Knapp ein Jahr später, am 22. Mai 1864, trafen sich in Eisenach die Vertreter mitteldeutscher, süddeutscher, preußischer und österreichischer Zeitungen. Dieser erste deutsche Journalistentag wählte den Leipziger Professor Dr. Karl Biedermann zum Vorsitzenden, der bis zum 15. September 1863 die offiziöse „Weimarer Zeitung“ redigiert hatte und seither bis 1879 die von Brockhaus 1837 in Leipzig gegründete „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein Organ der sächsischen Nationalliberalen. Im Gegensatz zu Lassalle vertrat Biedermann immer wieder die Position, daß die „politischen Liberalen nichts gegen die Arbeiter unternommen“ hätten und deshalb „ein vernünftiger Grund für die Trennung“ nicht vorhanden sei.

Am 4. April 1863 schrieb Biedermann in der „Weimarer Zeitung“: „Es ist zu allen Zeiten der natürliche Gang der Entwicklung im konstitutionellen Staate gewesen, daß erst die oberen Klassen politische Rechte erlangt haben, und daß erst allmählich der Kreis dieser Rechte sich immer weiter und weiter nach unten hin ausgedehnt hat.“³ Wenn nicht an anderen Argumenten, so hätten sich die Verfechter eines bürgerlichen und eines Arbeiter-Journalismus schon an der Person des Vorsitzenden der ersten Journalistenorganisation scheiden müssen.

Diese Journalistentage, wie sie dann kontinuierlich stattfanden, waren zunächst Vertretungen der Zeitungsunternehmen. Sie beschäftigten sich denn auch vor allem mit den existenzgefährdenden staatlichen Maßnahmen, wie dem Zeitungsstempel, einer einheitlichen Bundespressegesetzgebung und den postalischen Vertriebsvorschriften. Daneben erschienen die Fragen einer Lebensversicherung und Altersversorgung für Journalisten sowie die Regelung des Urheberrechts eher zweitrangig.

Der deutsche Journalistentag entwickelte keine straffe Organisation. Erst 1874 wurde in Baden-Baden beschlossen, Ortsvereine zu gründen und den deutschen Journalisten- und Schriftstellerverein, wie sich die Organisation nannte, solider zu fundieren. Die Journalistentage krankten bis 1881 daran, daß nur die Zeitungen und nicht die einzelnen Journalisten vertreten waren. Erst 1883 billigten die Teilnehmer, einen deutschen Journalistenverband zu schaffen zu dem Zweck, die Berufsinteressen zu wahren, die journalistischen Gemeinsamkeiten zu fördern und die Rechte einzelner Mitglieder zu vertreten. Jetzt ging es im Gefolge der staatlichen Sozialpolitik, die aufgrund der

³ Die Rechtschreibung des Originals ist der heutigen Orthographie angepaßt worden.

sozialdemokratischen Forderungen begonnen worden war, darum, in Not geratenen und erkrankten Mitgliedern Hilfe zu leisten. Doch die Organisation erwies sich als zu schwach, um sich gegenüber den seit 1894 organisierten deutschen Zeitungsverlegern durchsetzen zu können.⁴

Die Gründung der „Vereins Arbeiterpresse“

Wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz bis 1890 in ihrer Entwicklung stark behindert war, so kann man von einer geradezu erstaunlichen Regenerationsfähigkeit sprechen, die 1900 zur Gründung des „Vereins Arbeiterpresse“ führte. 1904 gab es mehr als 150 Parteiredakteure, die genau wie das über 1 700 Personen umfassende technische und Vertriebspersonal eine angemessene Bezahlung verlangten. In 34 Parteidruckereien und 13 Lohndruckereien wurden damals auf 36 Rotationsmaschinen sowie 140 Flachdruckmaschinen und Tiegeldruckpressen fast 600 000 Zeitungsexemplare hergestellt. Aber die zentrale Parteikasse mußte einen großen Teil der etwa 70 Parteizeitungen mit jährlich insgesamt rund 100 000 Mark bezuschussen.

Diese Tatsache hatte den SPD-Vorsitzenden August Bebel schon 1892 veranlaßt, auf dem Berliner Parteitag zu erklären, die SPD könne die idealen Grundsätze der sozialistischen Gesellschaft in der bürgerlichen Welt nicht durchhalten. Es sei eine Torheit, auf Überschüsse zu verzichten, die durch Anzeigen in der Presse erzielt werden könnten. 1898 und 1900 wurden auf den Parteitagen in Stuttgart beziehungsweise Mainz nur noch Anzeigen-Boykotts gegen Unternehmen als Anzeigenkunden beschlossen, die sich durch Ausspernung oder andere Maßnahmen gegen Streiks disqualifiziert hatten. Die Einnahmen der SPD-Presse aus Anzeigen beliefen sich 1908/09 auf jährlich 4,3 Millionen Mark und stiegen bis 1912 auf 6,8 Millionen Mark. 1913 schlug der Chemnitzer Parteiredakteur Ernst Heilmann sogar die Gründung einer Inseratenzentrale vor, doch wurde dieser Gedanke erst in den zwanziger Jahren verwirklicht. Die 50 Jahre zuvor von Lassalle geäußerten Ansichten waren vergessen.

Das Statut des Vereins Arbeiterpresse vom 22. September 1901, das auf der Hauptversammlung in Jena 1911 ergänzt wurde, mußte manchen in der bürgerlichen Presse arbeitenden Journalisten neidisch machen. Da war konkret von der Wahrung der Berufsinteressen der Mitglieder sowie der Unterstützung bei Invalidität und Unterhalt für Witwen und Waisen die Rede, von der Aufstellung und Durchführung von Anstellungsgrundsätzen, der Einsetzung von Schiedsgerichten sowie der Gewährung von Rechtsschutz und der Gründung einer Unterstützungsgenossenschaft. Auf einer am 14. und 15. September 1912 abgehaltenen Konferenz in Chemnitz wurden die Vertragsbestimmungen des Vereins Arbeiterpresse konkretisiert. Sie galten gleichermaßen für die Parteizeitungen und die Gewerkschaftsblätter.

⁴ Kurt Koszyk: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966, S. 206.

Die Honorare staffelten sich in drei Klassen, je nach Auflagenhöhe (unter 15 000, über 15 000, über 30 000 Abonnenten).⁵ Die Zeilenhonorare (die Druckzeile zu ungefähr 16 Silben gerechnet) lagen zwischen 6 und 12,5 Pfennig. Bei selbständigen Arbeiten und bei druckfertigen Berichten zwischen 4 und 10 Pfennig. Für eine Berichterstattung mit besonderem Zeitaufwand, etwa über Kongresse, Gerichtsverhandlungen und Lokalbesichtigungen, lagen die Mindestsätze zwischen 4 und 6 Mark zuzüglich Spesen. Für Korrespondenzen und Nachdrucke belief sich das Zeilenhonorar auf 3 bis 5 Pfennig. Dies waren Mindestsätze. Wurde ein Originalmanuskript von einer Redaktion innerhalb einer vom Autor gesetzten Frist nicht zurückgeschickt, so war der Verlag zur Zahlung des Honorars verpflichtet.

Schon 1903 waren die SPD-Pressunternehmen gehalten, mit den Redakteuren schriftliche Anstellungsverträge abzuschließen. Eine Abschrift des Vertrags war dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse zuzusenden. Die Bürozeit der Redakteure wurde auf täglich 6 Stunden begrenzt, einschließlich etwaiger Sprechstunden. Nachtrekteure durften nicht zu Ressortarbeit am Tage eingesetzt werden. Das Gehalt eines Redakteurs lag damals bei mindestens 2 200 Mark jährlich und war monatlich im voraus zu zahlen. Es war alle zwei Jahr um mindestens 300 Mark zu erhöhen mit 4 200 Mark jährlich als Obergrenze. Ausdrücklich waren männliche und weibliche Angestellte der Zeitungsunternehmen im Gehalt gleichgestellt. Im Krankheitsfalle mußte das Gehalt bis zu einem Vierteljahr weitergezahlt werden ohne Anrechnung von Bezügen aus einer Kranken- oder sonstigen Versicherungskasse. Hinterbliebene hatten einen Anspruch darauf, daß das Gehalt ein Vierteljahr weitergezahlt wurde. Für die Geschäftsräume schrieben die Vertragsbestimmungen des Vereins Arbeiterpresse vor, daß sie „geräumig, luftig, hell und ruhig“ sein mußten. Jedem Angestellten stand jährlich ein Urlaub von mindestens 14 Tagen zu, nach fünfjähriger Dienstzeit mindestens drei Wochen unter Fortzahlung des Gehalts. Da es für parlamentarische Tätigkeiten bis 1918 keine Diäten gab, war ein Redaktionsposten für die Abgeordneten sehr oft die einzige wirtschaftliche Absicherung.

Für eine täglich erscheinende selbständige Zeitung der SPD und der Gewerkschaften waren mindestens zwei Redakteure anzustellen. Außerdem hatte die Redaktion Anspruch auf „angemessene Mittel“ für Berichterstatte und freie Mitarbeiter. Eine Kündigung war mit dreimonatiger Frist nur zum Ende eines Kalendervierteljahres zulässig.

Diese Gehälter und Honorare hielten dem Vergleich mit den Verhältnissen in der bürgerlichen Presse naturgemäß nicht stand. Richard Jacobi⁶ stellt für 1902 fest: „Wenn wir von den ganz kleinen Organen absehen, wird als das regelmäßige Minimum für einen festangestellten Redakteur wohl ein Gehalt von 3 000 Mark zu betrachten sein, tüchtige Redakteure werden es im Laufe der Zeit unschwer zu Gehältern von 7 500 bis 10 000 Mark bringen, in lei-

⁵ Wir folgen den Angaben im Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1914.

⁶ Richard Jacobi: Der Journalist, Hannover 1902.

tenden Stellen auch wohl bis zu 12 000 Mark. Darüber hinausgehende Sätze sind allerdings seltene Ausnahme. Es gibt Chefredakteurposten, die mit einem Einkommen von 36 000 Mark, vielleicht auch mehr, ausgestattet sind, doch pflegt dann mit der eigentlichen redaktionellen Tätigkeit die geschäftliche Leitung des ganzen Unternehmens verbunden zu sein." Otto Groth⁷ meint dazu, daß diese Angaben überzogen seien, da sie nicht den Zuständen an kleineren oder mittleren, „oft ganz wohlhabenden Blättern" entsprachen. Eine Untersuchung von Paul Stoklossa⁸, die Groth zitiert, verzeichnet folgende Durchschnittsgehälter bei

Chefredakteuren	4 700 Mark,
politischen Redakteuren	3 249 Mark,
Hilfsredakteuren	1 977 Mark,
Lokalredakteuren	2 550 Mark,

durchschnittlich also 3 129 Mark. Diese Angaben waren aber nur aus Anzeigen gewonnen, die sich auf bessere Stellen bezogen. Groth meint dazu: „Man vergegenwärtige sich, daß es sich... vielfach um Männer handelt, die schon jahrelang im Berufe tätig sind, die doch ein hohes Maß öffentlicher, juristischer und geschäftlicher Verantwortung zu tragen haben und denen und deren Familien für die Fälle der Stellenlosigkeit, Krankheit, Invalidität und des Todes in weitaus den meisten Fällen keine Leistungen gewährt werden, sondern die dafür mit ihrem Gehalt wirklich aufkommen müssen." Als ganz schlecht galten die Verhältnisse bei den Kategorien der Lokalredakteure und der sogenannten Hilfsredakteure. Einkommen von über 3 000 Mark waren bei Lokalredakteuren ausgesprochen selten.

Überaus bürgerlich geprägt erscheint Otto Groths Urteil, wenn man die Gehälter der sozialdemokratischen Redakteure in Beziehung zu denen von Arbeitern setzt. Deren Einkommen lag noch 1914 bei monatlich etwa 100 bis 150 Mark, also um die Hälfte niedriger als das der sozialdemokratischen Redakteure.⁹

Um wieviel schlechter es bürgerlichen Journalisten ging, belegt auch die Tatsache, daß sie bei Krankheit kaum mit irgendeiner Unterstützung rechnen konnten, „da die reichsgesetzliche Kranken- und Unfallversicherung nur für eine kleine Zahl jüngerer Angestellten in Betracht" kam.

Erst in den zwanziger Jahren gelang es der bürgerlichen Journalistenorganisation, dem Reichsverband der deutschen Presse, neben den von Unterorganisationen vermittelten Versicherungsverträgen der Mitglieder, in den Landesverbänden Hilfskassen einzurichten, die bei Krankheitsfällen wenigstens Unterstützung gewährten. Der Reichsverband gründete zum 1. Oktober 1928 eine Zentralhilfskasse, deren Leistungen durch die Darlehns- und Unterstüt-

7 Otto Groth: Die Zeitung, 4 Bd., Mannheim 1930, S 91. ff.

8 Paul Stoklossa: Der Arbeitsmarkt der Redakteure, in Schmollers Jahrbucher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 35/1911, S 807 ff.

9 Groth, Zeitung, S 103.

zungskassen der Landes- beziehungsweise Bezirksverbände aufgebracht werden mußten. Diese Einrichtung diente aber nur als eine Rückversicherung für die Fälle, in denen die Mittel der Landeskassen nicht ausreichten. Hier wie auch bei Arbeitszeit und Urlaub spielte der Verein Arbeiterpresse durchaus eine Vorreiterrolle, obwohl sich die Vertragsbestimmungen von 1903 nur langsam durchsetzten.¹⁰

Entwicklungstendenzen der sozialdemokratischen Presse:
Vom Kaiserreich bis heute

Auch als einheitliche Organisation der Arbeiter- und Gewerkschaftsjournalisten ging der Verein Arbeiterpresse voraus. Erst am 20. November 1910 entstand aus dem 1902 konstituierten Verein deutscher Redakteure und dem ein Jahr zuvor gebildeten Bund deutscher Redakteure sowie dem Verband der deutschen Journalisten- und Schriftstellervereine der Reichsverband der deutschen Presse, der bis 1945 bestehen sollte. Er hatte 1929 etwa 3 700 Mitglieder, zu denen nach 1918 vereinzelt Sozialdemokraten zählten. Mit der Novemberrevolution war nämlich eine ganz neue Situation entstanden.

Den sozialdemokratischen Zeitungen fiel mit Beginn der Weimarer Republik die Aufgabe zu, außer Parteipolitik auch Regierungspolitik zu interpretieren. Das „glückliche Kinderland der Opposition“ lag, wie Chefredakteur Friedrich Stampfer am 8. Juni 1919 im „Vorwärts“ schrieb, weit, weit hinter der Sozialdemokratie. Daß sich Regierung und Partei oft ins Gehege kamen, war unter chaotischen Bedingungen nur zu verständlich. Der „Vorwärts“ versuchte am 19. März 1919, seine Aufgabe folgendermaßen darzustellen: „Wir haben heute nicht nur Opposition zu treiben, sondern wir haben eine große Summe gesetzlich gewordener Dinge zu verteidigen, die der Arbeiterschaft ungeheure Vorteile sichern und ihr am Herzen liegen.“

Die Parteipresse der SPD und die Gewerkschaftspresse konnten unpopuläre Regierungsmaßnahmen jedoch nicht auf die Dauer und nur auf die Gefahr hin verteidigen, die wirtschaftliche Basis der Zeitung zu schwächen und Leser zu verlieren. Die 1916 begonnene organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung wurde nur für kurze Zeit durch eine Vernunftfehde zwischen Mehrheits-Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten überbrückt. Während die USPD die gesamte Macht in die Hände von „gewählten Vertrauensmännern der werktätigen Bevölkerung und der Soldaten“ legen wollte, trat die SPD für Wahlen und die Bildung einer Nationalversammlung ein. Gegen beide Gruppen agitierten die Spartakisten, die das Sowjetsystem des Bolschewismus auf Deutschland zu übertragen gedachten. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 vertiefte den Riß, der in der Presse der auseinanderstrebenden Flügel der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kam.¹¹

¹⁰ Ebda, S. 152 ff.

¹¹ Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse zwischen 1914 und 1933, Heidelberg 1958, S. 112 ff.

Auch die Presse der Gewerkschaftsbewegung drohte zwischen diesen Gegensätzen zerrieben zu werden. 1913 gaben 48 zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften gehörende Sozialverbände 65 Organe heraus. Neun davon waren reine fachtechnische Periodika.¹² Ihre Gesamtauflage betrug etwa 3 Millionen Exemplare. Davon entfielen auf die „Metallarbeiter-Zeitung“ 575 000.¹³ Nach der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erreichten die 98 Gewerkschaftsblätter 1927 eine Gesamtauflage von fast 7 Millionen Exemplaren je Ausgabe. Auch in der Krise von 1932 erschienen immer noch 87 Blätter der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit über 5 Millionen Auflage.

Das 1914 und 1927 erschienene Handbuch des Vereins Arbeiterpresse läßt vermuten, daß sich während der Weimarer Zeit die Organisationsfähigkeit der Arbeiterredakteure verändert hat. Jedenfalls bringt das Handbuch von 1927 keine Angaben mehr über die Gewerkschaftsredakteure, deren Zahl 1914 bei 61 lag. 1914 führt das Handbuch 296 Parteiredakteure auf und 1927 immerhin 386. Ihre Herkunft und Vorbildung weist auch gegenüber der ersten Statistik von 1878 einen deutlichen Wandel aus.

Bei Beginn des Sozialistengesetzes¹⁴ waren von den erfaßten 38 Redakteuren 11 Buchdrucker, drei Schlosser, zwei Schneider sowie je einer Maurer, Brauer, Lohgerber, Böttcher, Zimmerer, Goldarbeiter, Schuster, Riemen-schneider, Zigarrenarbeiter und Mechaniker. Neben diesen 26 ehemaligen Handarbeitern gab es 12 Akademiker. Auf dem Parteitag in Frankfurt am Main 1894 wurde mitgeteilt, daß in den 73 Zeitungen der SPD und der wissenschaftlichen Revue „Die Neue Zeit“ ebenfalls nur 12 Akademiker angestellt waren. Für 1906 verzeichnete Robert Michels, daß der Anteil der an Hochschulen ausgebildeten Journalisten seit 1894 eher zurückgegangen war. Dies galt allerdings weniger für die leitenden Positionen in den Redaktionen der großen Blätter und der Zeitschriften der Partei. Dazu zählten „Die Neue Zeit“, die von Karl Kautsky und von dem Chemiker Emanuel Wurm geleitet wurde, die „Kommunale Praxis“ unter Leitung von Dr. Albert Südekum, das Zentralorgan „Vorwärts“, das bis 1905 von dem Akademiker Kurt Eisner und von Dr. Georg Gradnauer redigiert worden war. Desweiteren saßen in der „Vorwärts“-Redaktion der ehemalige Rechtsanwalt Arthur Stadthagen und der Nationalökonom Heinrich Cunow. Heinrich Ströbel und Friedrich Stampfer hatten das Gymnasium besucht. In den größten Provinzblättern arbeiteten Dr. Franz Mehring, ein Sozialhistoriker, bei der „Leipziger Volkszeitung“ als deren Chefredakteur und Dr. Paul Lensch sowie Konrad Haenisch als politische Redakteure, bei der Frankfurter „Volksstimme“ der Jurist Dr. Max Quarck. Leitende Positionen bei der „Münchener Post“ hatte der Mediziner Adolph Müller, bei der „Fränkischen Tagespost“ der Nationalökonom Dr. Adolph

12 Dieter Schneider: Gewerkschaftspresse, in Kurt Koszyk/Kurt Hugo Pruys (Hrsg.) Handbuch der Massenkommunikation, München 1981, S 85-90.

13 Carl Stegmann/C Hugo Handbuch des Socialismus, Zürich 1897, S 638

14 Robert Michels: Die deutsche Sozialdemokratie, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 Bd., 1906, S 471 ff.

Braun, bei der Kölner „Rheinischen Zeitung“ der Naturwissenschaftler Dr. August Erdmann.

Die Integration der Sozialdemokratie in den Staat des Kaiserreichs hatte zur Folge, daß ihre Organisation ähnliche Formen wie die staatliche Bürokratie entwickelte. Eduard Bernstein zitierte schon 1908 in seinem Aufsatz „Die Demokratie in der Sozialdemokratie“ in den „Sozialistischen Monatsheften“¹⁵ am Beispiel der Berliner Parteivereine den Übergang der Macht von den Mitgliedern auf die Vorstände und deren Entwicklung von „frei beschließenden zu bloß ausführenden Körpern“. Als besonderes Übel wurde schon 1893 auf dem Kölner Parteitag der SPD bemängelt, daß die Mehrzahl der Redakteure wegen eines Mandats in Kommunal- oder Landesparlamenten beziehungsweise im Reichstag praktisch keine effektive Arbeit in den Redaktionen mehr leistete.

Die Handbücher des Vereins Arbeiterpresse von 1914 und 1927 geben einen Überblick über Herkunft und Vorbildung der sozialdemokratischen Redakteure. Für 1914 nehmen die Berufe Buchbinder, Buchdrucker, Lithograph und Schriftsetzer über 26 Prozent der 296 Redakteure ein. 1927 war ihr Anteil auf 24 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der Akademiker stieg von 1914 bis 1927 um 3,3 auf 14,7 Prozent. Mit 35,3 Prozent lag die Nationalökonomie bei den angegebenen Studienfächern 1914 an der Spitze. Der Anteil dieses Fachs ging bis 1927 auf 24,5 Prozent zurück. Von den Akademikern hatten 1914 rund 47 Prozent einen Abschluß, 1927 waren es nur 36,7 Prozent der 386 Parteiredakteure. 1914 hatten 6 Prozent der Redakteure ein Mandat im Reichstag, 1927 nur noch 3,3 Prozent, 1914 waren 5,7 Prozent Mitglieder eines Landtags, 1927 waren es 7,2 Prozent. In Stadträten saßen 1914 23,3 Prozent der 296 Redakteure und 1927 noch 22 Prozent von 386. Während also die parlamentarische Repräsentanz zurückging, wuchs der Anteil der Redakteure, die Funktionen in Parteivorständen einnahmen: von 22 Prozent im Jahre 1914 auf 28,3 Prozent im Jahre 1927. Diese Zahlen belegen eine deutliche Verquickung verschiedener Funktionen im öffentlichen Leben und in der Partei. Sie trug nicht zuletzt dazu bei, daß viele Redakteure ihre eigentlichen Aufgaben, wie schon 1893 beklagt wurde, in den Zeitungen nicht mehr ordentlich wahrnehmen konnten.

Je mehr die Arbeiterpresse die Aufgabe bekam, politische Praxis an die Mitglieder der SPD zu vermitteln, desto deutlicher zeichnete sich eine Konvergenz zur bürgerlichen Presse ab. 1902 hatte Julian Borchardt¹⁶ noch die Ansicht vertreten, daß die Parteizeitungen der SPD sozialdemokratische Politik und theoretische Erkenntnis ausbreiten und vertiefen sollten. Damit war der äußerste Gegensatz zur bürgerlichen Presse gekennzeichnet, die nach Ansicht Borchardts vor allem aktuelle Nachrichten und „Zeitvertreib“ bot. Zu dieser Zeit erschienen im Deutschen Reich 3 802 Blätter, davon nur 69 sozialdemokratische. Während die bürgerliche Presse in über 2 000 Ortschaften prä-

¹⁵ H. 18/19, S. 1109 ff.

¹⁶ Julian Borchardt: Die Aufgaben unserer Presse, in: Die Neue Zeit, 20. Jg, 1902, 2. Bd., S. 69-76.

sent war, verteilten sich die 60 SPD-Blätter auf 58 Orte.¹⁷ Obwohl in der SPD damals die Ansicht verbreitet war, daß die Presse ein Garant des politischen Erfolges sei, zeichnete sich bei den Reichstagswahlen ein eklatantes Mißverhältnis zwischen Presserepräsentanz und der Zahl sozialdemokratischer Wähler ab. 1898 erreichte die SPD mehr als 2 Millionen Stimmen (27 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen) und 1903 sogar mehr als 3 Millionen (32 Prozent). Die Auflage der sozialdemokratischen Presse erreichte aber kaum eine halbe Million Exemplare, während die bürgerliche Presse vermutlich mehr als das 20fache dieser Auflage verbreitete.¹⁸

Karl Kautsky beschreibt 1905 den Unterschied zwischen bürgerlicher und Arbeiterpresse so: „Anstelle der Herrschaft des Kapitals setzt die Sozialdemokratie für ihre Presse die der proletarischen Organisation. Die Organisation ist es, die die anfänglichen, stets sehr bescheidenen Geldmittel für ihre Presse aufbringt; die Organisation besorgt den Vertrieb, sie schafft die Abonnenten. Der Redakteur des Parteiorgans arbeitet aber nicht mehr unter der unumschränkten Herrschaft eines Kapitalisten, über dem keine Instanz mehr steht, er arbeitet unter der Kontrolle von Genossen, von Kameraden, die ebenso Vertrauensmänner der Parteiorganisation sind wie er selbst und ebenso wie er ihr unterstehen; der Parteiorganisation, deren Mitglied der Redakteur ebensogut ist, wie die anderen Genossen, in der er die gleichen Rechte der Kritik an allen Parteifunktionären, also den eigenen Aufsichtsinstanzen, hat wie jeder andere.“¹⁹

Die Kontrolle über die Parteipresse der SPD wurde durch Pressekommissionen ausgeübt, deren Mitglieder durchweg NichtJournalisten waren. Deshalb waren sie im allgemeinen weder fähig noch bereit, sich auf die besonderen Bedürfnisse des Journalismus einzustellen.²⁰ Die „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ meinten deshalb am 7. September 1905: „Es genügt für manchen nur ein sehr schneidiger Angriff auf das Blatt, um die Befähigung für die Pressekommission erlangt zu haben. Dann kann die Pressekommission zu einem Bleigewicht für das Blatt werden, während sie in richtiger Erkenntnis ihrer Aufgabe sehr viel Nützliches schaffen kann.“

Mehr und mehr erwiesen sich diese Pressekommissionen, die nach 1945 in der SPD wieder eingerichtet wurden, als Hemmnis für den Wandlungsprozeß, den nicht zuletzt hervorragende Redakteure der Parteipresse befürworteten. Während viele sozialdemokratische Funktionäre darin eine Anpassung an die bürgerliche „Zeitungsmache“ witterten, erkannten manche Redakteure, daß Zeitungen nur politische Aufklärung leisten konnten, wenn sie auch von den Lesern akzeptiert wurden. Jahrelang wogte in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ der Streit über die richtige Machart der Arbeiterpresse, wenn sie über das Niveau einer Verbandspresse hinauskommen wollte.

17 Paul Eller: Die sozialdemokratische Tagespresse im Deutschen Reiche, in: Die Grenzboten, 63. Jg., 1904, 2. Vierteljahr, S. 199-204, Eller war nicht Sozialdemokrat.

18 Vgl. die Berechnungen bei Otto Groth: Die Zeitung, 1. Bd., Mannheim 1928, S. 253 ff.

19 KarlKautsky: Bürgerliche und sozialistische Journalistik, in: Die Neue Zeit, 24. Jg., 1905/06, 1. Bd., S. 221-225.

20 Kurt Koszyk/Gerhard Eisfeld: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1980, S. 40 ff.

Die Jahre 1925 und 1926 sind für die Modernisierung der sozialdemokratischen Presse von entscheidender Bedeutung gewesen. Immer mehr drängten sich nach den Erfahrungen der Inflationszeit die wirtschaftlichen Notwendigkeiten in den Vordergrund. Als die SPD 1925 die „Konzentration A.G.“ gründete, ging es vor allem um die ökonomische Zusammenfassung der in den Parteibetrieben liegenden Möglichkeiten, das heißt, um gemeinsame Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen der Druckereibetriebe sowie um eine fachgerechte Revision.

Im Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Blättern mußte darüber hinaus die Redaktionspolitik geändert werden. Zwar blieb das Recht der Organisation, die Redaktionsführung zu beeinflussen, erhalten, die Pressekommissionen waren jedoch in dem Augenblick praktisch entmachteter, als die „Konzentration A.G.“ die Modernisierung einer Parteizeitung aus wirtschaftlichen Gründen befürwortete. In dieser Übergangszeit vom reinen Parteiblatt zur Massenzeitung zeigte sich klar, wie stark Verlagsführung und redaktionelle Gestaltung ineinandergreifen müssen, um Erfolge zu erreichen. Zwar wurde dieser Prozeß bis 1933 nicht abgeschlossen, aber es gab im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erstaunliche Fortschritte, die oft gegen den Widerstand von Funktionären durchgesetzt werden mußten.

Von 1890 bis 1925 verteilte der Parteivorstand der SPD an Parteizeitungen Darlehen in Höhe von 4,8 Millionen Mark, ferner verlorene Zuschüsse in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Von 1925 bis 1930 betrug die Gesamtsumme der Darlehen und Zuschüsse auf der Grundlage der Geldentwertung 4,2 Millionen Mark, also in 6 Jahren wiederum zwei Drittel der Summe, die in den vorhergehenden 35 Jahren ausgeschüttet worden waren.

Den wirtschaftlichen Bemühungen standen die journalistischen nicht nach. Am nachdrücklichsten dokumentierte sich das auf der Redakteurkonferenz des Vereins Arbeiterpresse im Januar 1926 in Berlin. Das Hauptreferat über den „Ausbau der sozialdemokratischen Presse“ hielt dort der Kölner Parteiredakteur Wilhelm Sollmann.²¹ Er führte aus, daß die Parteipresse der bürgerlichen Presse nicht nur zahlenmäßig unterlegen, sondern daß sie nach dem Ersten Weltkrieg auch weniger verbreitet war als vorher. Er bestritt, daß der redaktionelle Teil der Parteipresse im Verhältnis zum Anzeigenteil zu wenig Raum hätte. Anhand eines der verbreitetsten deutschen Generalanzeigers wies er nach, daß dieser noch weniger Text bot, von diesem Text aber nur ein Sechstel der Politik widmete. Bei der sozialdemokratischen Presse war dagegen die Hälfte des Textteils mit politischen Informationen gefüllt, die andere Hälfte stark mit Politik durchsetzt.

Als Vorzüge im Urteil des Durchschnittslesers bezeichnete es Sollmann bei den Generalanzeigern, daß sie mehr Einwickelpapier, kleine Anzeigen und

²¹ Peter Fuchs/Ulrike Nyassi (Bearb.) Wilhelm Sollmann, 2 Teile, Köln 1981 (Kölner Biographien, 16), Kurt Koszyk Franz Kluhs - Redakteur des Vorwärts, in Peter Harstick/Arno Herzig/Hans Pelger (Hrsg.) Arbeiterbewegung und Geschichte, Trier 1983, S 101-112.

vorwiegend lokale und Unterhaltungskost böten. Nicht um sozialdemokratischen Generalanzeigern das Wort zu reden, sondern um dem Geschmack der Leser entgegenzukommen, machte Sollmann folgende Vorschläge: „Ich bin für Einschränkung des politischen Teils, dadurch braucht er nicht weniger reichhaltig und nicht weniger sozialistisch zu sein. Wir müssen mehr redigieren, mehr streichen, mehr fortwerfen, müssen das uns gelieferte Material als Rohstoff betrachten und nicht unbesehen in die Setzerei geben. Das Feuilleton muß mehr unterhaltenden Charakter tragen. Immer wieder sollte jeder Redakteur sich überlegen, unter welcher elenden Verhältnissen oft die Leser unserer Parteipresse leben. Entscheidend ist die Entpolitisierung des lokalen und des provinziellen Teils. Wir müssen weniger polemisieren und mehr plaudern.“

Diese Vorschläge wurden von der Redakteurkonferenz allgemein begrüßt, wenn auch von einigen Teilnehmern Skepsis geäußert wurde, wie von den Funktionären der Partei die „Amerikanisierung der Parteipresse“ aufgenommen würde. Franz Klühs, stellvertretender Chefredakteur des „Vorwärts“, verwies auf das Vorbild des Kopenhagener „Socialdemokraten“, der sogar Bilder vom bürgerlichen Sport brachte, was bis dahin in der Presse der SPD ausgesprochen verpönt war. Vermehrt erschienen in dieser Zeit in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ Aufsätze, die sich mit der Illustrierung der Parteipresse beschäftigten. Als Problem erwies sich dabei, daß Bildmatern zum größten Teil von bürgerlichen Presse- und Nachrichtendiensten bezogen werden mußten.

Aber die eigentliche Krankheit der sozialdemokratischen Presse waren die Anforderungen der führenden Funktionäre, die ihre zahllosen Reden im örtlichen Parteiblatt möglichst wörtlich wiedergegeben sehen wollten. Auch der sozialdemokratische Pressedienst, der gegen die bürgerlichen Nachrichtenagenturen gegründet worden war, kam mit seinen Parlamentsberichten diesen Eitelkeiten der führenden Funktionäre über Gebühr nach.

Das heikelste Kapitel blieb bis zum Ende der Weimarer Republik der Anzeigenteil. Weil die Parteimitglieder so oft gegen Anzeigen von Kriegervereinen, für Filme mit historisch-patriotischen Titeln und Heiratsanzeigen protestierten, schlug Wilhelm Sollmann am 1. August 1926 in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ vor: „Wir müssen unseren Genossen beibringen, sozialistische Politik und Ethik im redaktionellen Teil zu suchen und den Inseratenteil zu beurteilen wie einen anderen Markt auch. Lassalles Ideal, die Presse vom Annoncengeschäft zu befreien, ist nach der Entwicklung seit den verflossenen sechs Jahrzehnten nicht zu verwirklichen. Zeigen wir uns zimperlich, so helfen wir nur, die Kassen der bürgerlichen Inseratenplantagen noch mehr zu füllen, die mit Annoncengewinnen Politik gegen die Arbeiterklasse machen.“

Der Erfolg dieser Bemühungen zeigte sich. Gegenüber 170 Zeitungen, darunter 38 Kopfblätter, mit einer Auflage von 1,09 Millionen Exemplaren im

Jahre 1924, umfaßte die SPD-Presse 1929, also in einer Zeit wirtschaftlicher und politischer Euphorie, 203 Zeitungen, davon 75 Kopfblätter, mit einer Auflage von 1,3 Millionen. Der Abstieg von diesem Höhepunkt im Zeichen der Wirtschaftskrise kam jedoch rasch.

Bevor sich die der SPD nahestehende Presse nach ihrer Lizenzierung vor allem in der britischen Zone 1946 bis 1949 im Zeichen des Konzentrationsprozesses der sechziger Jahre neu orientierte, wurden viele Umwege gegangen. Mit dem „Vorwärts“ würde sich die SPD endgültig von dem trennen, was 125 Jahre lang als Arbeiterpresse galt. Damit würde die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß es den Arbeiter im traditionellen Sinne nicht mehr gibt oder besser, den Arbeitnehmer, der sich ständig der Bedrohung durch die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewußt ist. Für die Journalisten, die sich für die sozial Schwachen einsetzen sollen, ist dies nicht mehr in einer besonderen Form der Arbeiterpresse möglich. Geschehen kann dies heute nur noch in Periodika, die streng genommen dem Typus bürgerliche Presse angehören. Wenn sich heute ein als bürgerliche Standesorganisation gegründeter Journalistenverband auch Gewerkschaft nennt, so kommt darin nicht unbedingt ein gewandeltes journalistisches Bewußtsein zum Ausdruck, sondern wohl eher die Konkurrenzsituation zu einer Mediengewerkschaft, deren Verfechter hoffen, durch die Zusammenfassung aller im Medienbereich abhängig Arbeitenden wenigstens organisatorisch etwas von den Grundlagen der früheren Arbeiterpresse in eine von extensiver Marktwirtschaft beherrschte Epoche einzubringen. Daß es dabei weniger um Gehalts- und Versorgungsprobleme geht²² als vielmehr um journalistische Freiräume, aber auch ethische Verantwortung, das scheint bei der bisherigen Diskussion noch zu wenig berücksichtigt zu werden. Dem Rausch der Privatisierung der Wachstumsbranche Rundfunk wird gewiß sehr bald eine Ernüchterung folgen, auf die der Journalismus heute weit weniger vorbereitet zu sein scheint als zu Ferdinand Lassalles Zeiten.

22 Vgl. Walter Hagemann (Hrsg.): Die soziale Lage des deutschen Journalistenstandes, insbesondere ihre Entwicklung seit 1945, Düsseldorf 1956.